№ 241. Sonntag, 16. Oktober. 1910.

Der sächsische Erzähler,

Tageblatt für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend.

Amtsblatt

der Kgl. Amtshauptmannschaft, der Kgl. Schulinspektion und des Kgl. Hauptzollamtes zu Bautzen, sowie des Kgl. Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda.

Fernsprecher Nr. 22. Fünfundsechzigster Jahrgang. Telegr.-Adr.: Amtsblatt.

Mit den wöchentlichen Beilagen: Jeden Mittwoch: **Belletristische Beilage;** jeden Freitag: **Der sächsische Landwirt;** jeden Sonntag: **Illustriertes Sonntagsblatt.**

Erscheint jeden Werktag Abends für den folgenden Tag. Der Bezugspreis ist einschließlich der drei wöchentlichen Beilagen bei Abholung vierteljährlich 1 ℳ 50 ₰, bei Zustellung ins Haus 1 ℳ 70 ₰, bei allen Postanstalten 1 ℳ 50 ₰ exklusive Bestellgeld. Einzelne Nummern kosten 10 ₰.

Bestellungen werden angenommen: Für Bischofswerda und Umgegend **bei unseren Zeitungsboten,** sowie in der Geschäftsstelle, Altmarkt 15, ebenso auch bei allen Postanstalten. Nummer der Zeitungsliste 6587. Schluß der Geschäftsstelle abends 8 Uhr.

Inserate, welche in diesem Blatte die weiteste Verbreitung finden, werden bis vorm. 10 Uhr angenommen, größere und komplizierte Anzeigen tags vorher. Die viergespaltene Korpuszeile 12 ₰, die Reklamezeile 30 ₰. Geringster Inseratenbetrag 40 ₰. Für Rückerstattung unverlangt eingesandter Manuskripte übernehmen wir keine Gewähr.

Die heutige Nummer umfaßt 16 Seiten, außerdem das Illustrierte Sonntagsblatt.

Das Neueste vom Tage.

Bei einem Großfeuer in einem Berliner Wäschegeschäft sind gestern nachmittag sieben Personen verbrannt. (Siehe Artikel und Letzte Depeschen.)

•

Der frühere Präsident des Reichsbankdirektoriums Koch ist heute früh in Charlottenburg gestorben.

•

In Bremen sind die Straßenbahnangestellten in den Ausstand getreten. Der Betrieb ruht auf sämtlichen Linien. (Siehe Letzte Depeschen.)

•

In den letzten Tagen sind durch heftige Stürme schwere Schiffskatastrophen herbeigeführt worden. (Siehe Artikel.)

•

Die Streikbewegung der Eisenbahner in Frankreich wird im wesentlichen bereits als beendet angesehen. (Siehe Artikel und Letzte Depeschen.)

•

An der Loiremündung wurde der französische Dampfer „Ville de Rochefort" von dem spanischen Dampfer „Peveril" in den Grund gebohrt. 23 Personen ertranken. (Siehe Artikel.)

•

Die Insel Kuba ist von einem der schwersten Stürme heimgesucht worden. Zwei Städte sind zerstört. Es sollen viele Menschen umgekommen sein. (Siehe Letzte Depeschen.)

Der Generalstreik.

Der sozialdemokratische Parteitag in Magdeburg hat sich für den politischen Massenstreik im Kampf um das preußische Wahlrecht ausgesprochen. Eine Minderheit stimmte dagegen, aber nicht aus grundsätzlichen, sondern nur aus taktischen Erwägungen. Sie meinte, daß man von dem Generalstreik besser nicht spreche, bevor man die Macht habe, ihn durchzusetzen. Eine solche revolutionäre Tat dürfe nicht vorher angekündigt werden; sie müsse die Gegner völlig unvorbereitet treffen, so plötzlich hereinbrechen, daß sie gezwungen seien, die Waffen zu strecken. Im Sinne der Antragsteller soll der Beschluß des Parteitages, der sich für den politischen Massenstreik ausspricht, nicht eine Bindung sein er soll zunächst dazu dienen, die Massen an den Gedanken zu gewöhnen, daß das preußische Wahlrecht niemals auf gesetzlichem, parlamentarischem Wege zu beseitigen sei, sondern nur durch Gewalt, und zwar unter Umständen durch das schärfste, äußerste Gewaltmittel des politischen Generalstreiks.

In der Tat bedeutet der politische Massenstreik das revolutionärste Verfahren, das es im Kampf gegen die bestehende Ordnung geben kann. Er wird die moderne Form der Revolution genannt. Durch Hunger, durch Nichtbefriedigung aller leiblichen Bedürfnisse soll das Bürgertum gezwungen werden, sich dem Willen der Sozialdemokratie bedingungslos zu unterwerfen. In dem Augenblick, wo sie den Generalstreik verkündet, spricht sich die Sozialdemokratie aller ihrer rechtlichen Verpflichtungen ledig. Alle Arbeitsverträge ohne Ausnahme, welcher Art sie auch sein mögen, sind dann zerrissen. Denn das gesamte Erwerbsleben soll stillstehen, jede Versorgung mit Nahrung, mit Licht, Heizung und sogar mit Wasser soll aufhören. Es soll keinerlei Verkehr mehr geben, weder lokalen noch in die Ferne. Briefe, Telegramme werden nicht mehr befördert, Zeitungen nicht mehr hergestellt. Um das durchzusetzen, ist die Hauptvoraussetzung, daß auch die staatlichen Verkehrsbeamten und Arbeiter an dem Streik teilnehmen und so der Sozialdemokratie Gefolgschaft leisten. Dann ist auch die Zufuhr von Lebensmitteln vom Ausland her eingestellt.

Ein wirklicher Generalausstand, der, weil er tatsächlich allgemein ist, die gesamte Bevölkerung mit Hunger und Not bedrohen und alle Daseinsbedingungen unterbinden müßte, ist seither noch nicht dagewesen. Es fragt sich, ob er überhaupt möglich ist. Ein Sozialdemokrat hat einmal den Generalstreik Generalunsinn genannt. Er hat insofern recht, als ein Generalstreik, der sämtliche Gewerbe und alle Arbeiter umfaßt, also sich insbesondere auch auf die Arbeiter und unteren Beamten der öffentlichen Verkehrsanstalten erstreckt und so den Verkehr zum Stillstand bringt, fast in demselben Augenblick, in dem er Wirklichkeit würde, auch schon zu Ende sein müßte. Denn die unausbleibliche Folge eines solchen Generalstreiks würde die Generalhungersnot sein. Da aber diese die streikenden Massen zu allererst und am empfindlichsten kosten müßten, so würden sie um der Selbsterhaltung willen den Generalunsinn des Generalstreiks aufgeben und die Arbeit schleunigst wieder aufnehmen.

So oft auch in den letzten Jahren von Generalausständen die Rede gewesen ist, hat es sich immer nur um Massenstreiks gehandelt, die einen mehr oder minder großen Umfang, aber niemals einen allgemeinen Charakter angenommen haben. Auch in Schweden hat sich im vorigen Jahr an dem Generalstreik durchaus nicht die gesamte Arbeiterschaft beteiligt; es fehlten vor allem die Landarbeiter und die Eisenbahner. Deshalb hatten die radikalsten der schwedischen Umsturzmänner empfohlen, den Erfolg des nicht allgemeinen Generalausstands durch sogenannte „direkte Aktionen", durch Gewalttaten aller Art, herbeizuführen: Blut müsse in Strömen fließen, Dynamit dürfe nicht gespart werden, alles müsse man zerschlagen, was den besitzenden Klassen gehöre. Erst dann werde der Generalausstand wirken, wenn so das persönliche Dasein der Machthaber bedroht werde. Ähnliche Ansichten haben auch deutsche Sozialdemokraten vertreten. Sie rechnen damit, daß es bei einem Generalausstand zu Straßenkämpfen kommt. Als zum ersten Male der Gedanke eines Generalstreikversuchs auf einem sozialdemokratischen Parteitage erörtert wurde, herrschte darin Übereinstimmung, daß der politische Massenstreik nichts anderes als die blutige Revolution sein könne.

Vorläufig handelt es sich bei dem Magdeburger Beschluß des politischen Massenstreiks noch um eine Einschüchterung und zugleich um ein Schüren des Umsturzgedankens unter den sozialdemokratischen Massen. Aber das Machtbewußtsein der Umsturzpartei ist bereits so gewachsen und kann noch so wachsen, daß der Gedanke eines Tages zur Tat wird. Darum gilt es, das eine festzuhalten, daß politische Massenstreiks seither immer nur dann einen Erfolg gehabt haben, wenn sich die Regierung schwach oder schwankend verhalten hat und ein Teil der bürgerlichen Klassen und Parteien auf die Seite der Streikenden getreten ist. Fehlt aber jede wirksame Unterstützung von bürgerlicher Seite und tut die Regierung von Anfang an ihre Pflicht, indem sie den Gewaltkampf des politischen Massenstreiks als eine Machtfrage behandelt, die unter allen Umständen nur mit dem bedingungslosen Siege ihrerseits beantwortet werden darf, so wird der Generalstreik ein Generalunsinn bleiben, der sich am bittersten an der Sozialdemokratie und den von ihr betörten Massen rächen muß.

Der französische Verkehrsstreik vor dem Scheitern.

Schon die in unserer gestrigen Nummer wiedergegebenen Meldungen ließen erkennen, daß die von den Führern der streikenden französischen Eisenbahnarbeiter behauptete Solidarität der Angestellten aller Linien tatsächlich nicht vorhanden ist. Auch die Regierungsmaßregeln und die schnelle und scharfe Justiz gegen Ausschreitungen sind ersichtlich nicht ohne nachhaltigen Eindruck auf die Arbeiterschaft geblieben. So ist es durchaus natürlich, daß die Ausstandsbewegung eher schwächer und zerfahrener, als umfangreicher und stoßkräftiger wird und daß auch die Erklärung von Sympathiestreiks anderer Arbeitergruppen das schnelle Schicksal des Eisenbahnstreiks kaum zu wenden vermag.

Die heutigen Telegramme lauten:

Paris, 15. Oktober. Eine Bekanntmachung der Ostbahngesellschaft besagt, daß die **Ausstandsbewegung auf ihren Linien als beendet angesehen werde.** In einer Veröffentlichung des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten wird eine merkliche Besserung auf den Linien der Nord- und Westbahn festgestellt. Bei der Paris—Lyon—Mittelmeerbahn ist ein normaler Dienst gesichert. Bei der Orleansbahn haben von 781 Ausständigen 574 die Arbeit wieder aufgenommen. Bei der Südbahn sind die Arbeitseinstellungen zahlreich, doch wird der Dienst aufrechterhalten. In Marseille haben die Eisenbahnbediensteten gestern abend beschlossen, um Mitternacht in den Ausstand zu treten.

Paris, 15. Oktober. Der Ministerpräsident Briand empfing eine Deputation des Seinedepartements und erklärte, daß er das Streikkomitee nicht anerkenne und nur hierzu berufenen Vertretern des Eisenbahnpersonals eine Unterredung gewähren werde.

Paris, 15. Oktober. Streikende Maurer versammelten sich gestern nachmittag auf dem Montmartre, um einen **Demonstrationszug** zu veranstalten, wurden aber auf dem Marsch nach dem Clichyplatz von Polizei und Gendarmerie zerstreut. Bei dem Zusammenstoß wurde ein Gendarm durch eine geschleuderte Flasche verletzt. Als etwa 1000 Demonstranten sich wieder zu einem Zug vereinigen und über die Rue de Faubourg

SLUB
Wir führen Wissen.